Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1546

31. 05. 95

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Steffi Lemke, Ulrike Höfken-Deipenbrock und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Horst Sielaff, Anke Fuchs (Köln), Dr. Gerald Thalheim, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksachen 13/94, 13/766 –

Einzelbetriebliche Förderung als gezielte Agrarstrukturpolitik im geeinten Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die aktuelle Diskussion um die Währungsdisparitäten hat die Unsicherheit staatlicher Ausgleichspolitik deutlich gemacht und die Grundlagen der EU-Agrarreform in Frage gestellt.

2. Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU im Jahr 1992 hat die negativen Entwicklungstrends in der deutschen Landwirtschaft verstärkt. Die zunehmende Ausrichtung der EU-Agrarpolitik an den durch sozial-ökologisches Dumping bestimmten Bedingungen des Weltmarktes läßt einer überwiegenden Mehrzahl der deutschen Landwirtschaftsbetriebe keine Überlebenschance.

3. Die stetige Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die deutsche Landwirtschaft kann nicht durch eine aufgestockte einzelbetriebliche Förderung, wie sie die Bundesregierung vorsieht, kompensiert werden. Die im „Agrarinvestitionsförderungsprogramm" (AFP) der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen führen größtenteils zu weiterem inneren Rationalisierungswettbewerb und steigendem Preisdruck.

4. Nach dem Preisverfall für Schlachtschweine in den vergangenen drei Jahren haben nun auch die Erzeugerpreise für Milch eine untere Schmerzgrenze von 0,50 DM/l erreicht. Unter diesen Marktbedingungen ist die Aufrechterhaltung der

Milchproduktion in ganzen Regionen der Bundesrepublik Deutschland in Frage gestellt. Das großflächige Einstellen der Milcherzeugung würde die betroffenen Mittelgebirgs- und sonstigen Grünlandregionen vor nicht zu bewältigende soziale und landschaftskulturelle Probleme stellen.

5. Die mit staatlichen Geldern in den vergangenen Jahren geförderte Schlachthof- und Molkereistruktur in den neuen Ländern kann bereits heute nicht mehr ihre Verarbeitungskapazitäten auslasten. Hier zeichnen sich strukturelle Fehlentwicklungen größten Ausmaßes ab.

6. Die von der Bundesregierung für den Rahmenplan 1995 vorgesehene Zusammenfassung der bisherigen Förderprogramme zu einem „Agrarinvestitionsförderungsprogramm" (AFP) wird die skizzierten Fehlentwicklungen nicht aufhalten bzw. umkehren. Durch Anhebung des einzelbetrieblich förderfähigen Investitionsvolumens werden weitere Impulse zur Intensivierung der Produktion gegeben, die die Überschüsse steigern und den Preisverfall bei Milch und Fleisch begünstigen werden.

7. Die Agrarpolitik in Deutschland muß angesichts des internationalen Wettbewerbs die Ausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion auf stabile regionale Märkte und Wirtschaftskreisläufe fördern, um die Existenz der Betriebe zu sichern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Die Bundesregierung setzt sich bei den Maastricht-Revisionsverhandlungen im kommenden Jahr für eine Einbeziehung und Neuausrichtung der Grundsätze der Gemeinsamen Agrarpolitik in Richtung auf eine regional ausgerichtete, am Markt existenzfähige, umweltverträgliche und nachhaltige Landwirtschaft ein.

2. Die Bundesregierung schafft die Bedingungen dafür, daß die einzelbetriebliche Förderung in Zukunft grundsätzlich an ökologische Kriterien gebunden wird. Artgerechte Tierhaltung und umweltverträgliche Produktionsweisen müssen als Fördervoraussetzungen erfüllt werden.

3. Als wichtiger Beitrag zur Stärkung der ländlichen Regionen ist der Aufbau von regionalen Vermarktungs- und Dienstleistungsstrukturen zu fördern. Die für die Aufstockung der einzelbetrieblichen Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe vorgesehenen Mittel in Höhe von 100 Mio. DM werden zu 50 % zur Förderung der landwirtschaftlichen Verarbeitung und Vermarktung sowie zur Schaffung moderner Dienstleistungsstrukturen in diesem Bereich eingesetzt.

4. Die Bundesregierung entwickelt ein Konzept zur Existenzsicherung der landwirtschaftlichen Betriebe unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Betriebsstrukturen in den alten

und in den neuen Bundesländern sowie unter Einbeziehung der vor- und nachgelagerten Bereiche.

Bonn, den 23. Mai 1995

Steffi Lemke
Ulrike Höfken-Deipenbrock
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333